

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

22. Juli 2019

Ägypten

Erneute Verlängerung des Ausnahmezustandes

Am 22.07.19 erließ Präsident Al-Sisi ein Dekret zur Verlängerung des Ausnahmezustands um drei Monate ab dem 25.07.19, dies geschieht damit zum neunten Mal in Folge. Ebenso wurde durch den Premierminister Mostafa Madbouli die nächtliche Ausgangssperre auf der nördlichen Sinai-Halbinsel um weitere drei Monate verlängert. In der Region kämpfen ägyptische Sicherheitskräfte seit mehreren Jahren gegen islamistische Rebellen, die sich offiziell dem IS angeschlossen haben.

Äthiopien

Äthiopien stimmt Referendum zur Unabhängigkeit der Sidamo zu

Die äthiopische Wahlbehörde hat am 16.07.19 dem Antrag der im südlichen Zentraläthiopien lebenden Sidamo stattgegeben, in einem Referendum über die Unabhängigkeit abzustimmen. Es wurde hierfür ein Zeitrahmen von fünf Monaten gesetzt. Die Entscheidung überrascht. Zwar ist in der föderalen Verfassung das Recht auf Autonomie ausdrücklich verankert. Es wurde jedoch allgemein angenommen, die Regierung werde den Antrag ablehnen, weil sie befürchtet, in einem Land mit über 80 Ethnien einen Präzedenzfall zu schaffen, auf den sich andere Bevölkerungsgruppen berufen könnten. Tatsächlich haben auch andere Ethnien bereits einen Antrag auf ein Referendum gestellt. Äthiopien ist in neun Regionalstaaten (und zwei unabhängige Städte) aufgeteilt, deren Grenzen sich an ethnischer Zugehörigkeit, Sprache und Siedlungsgefügen orientieren. Beobachter vermuten, dass die Zentralregierung mögliche Gewaltexzesse in der Sidamo-Zone vermeiden wollte. Aktivisten hatten angekündigt, einseitig die Autonomie zu erklären, sollte der Antrag abgelehnt werden.

Führende Vertreter der Sidamo erklärten sich mit der Frist von fünf Monaten einverstanden. Es kam dennoch am 19.07.19 in Wotera Rassa zu Protesten und Zusammenstößen zwischen äthiopischen Sicherheitskräften und Demonstranten, bei denen mindestens 13 Menschen getötet worden sein sollen. Auch in Hawassa sollen vier Personen an ihren Schussverletzungen verstorben sein. Offizielle Bestätigungen für diese Meldungen lagen noch nicht vor.

Hintergrund

Die Sidamo umfassen rund fünf Prozent der Gesamtbevölkerung Äthiopiens (ca. 105 Mio), sind jedoch die größte Gruppe in der multiethnischen Southern Nations, Nationalities and Peoples' Region (SNNPR) und fordern schon seit Jahren ihre Unabhängigkeit. Am 18.07.18 stellten sie den Antrag auf ein Referendum, über das gemäß der äthiopischen Verfassung innerhalb eines Jahres entschieden werden muss. Das Siedlungsgebiet umfasst rund 10.000 Quadratkilometer und ist somit etwa so groß wie der Kosovo bzw. Libanon.

Zu ethnischen Konflikten könnte auch die Ankündigung der Sidamo führen, Hawassa, die Hauptstadt der SNNP-Region, auch zur Hauptstadt ihrer Region machen zu wollen. Bereits im Juni 2018 kam es in Hawassa zu blutigen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der Sidamo und der Wolayta. Veröffentlichungen in sozialen Netzwerken lassen befürchten, dass sich die Konflikte zwischen den Ethnien in der Region

verschärfen werden. In SNNPR leben 56 verschiedene ethnische Gruppen, die alle unabhängig voneinander ihre Unabhängigkeit fordern könnten.

Der Konflikt mit den Sidamo ist letztlich ein Ergebnis der Reformpolitik des seit April 2018 amtierenden Premierministers Abiy, für die er von der internationalen Staatengemeinschaft allgemein gelobt wird. Er trat das Amt nach jahrelangen regierungsfeindlichen Protesten an, entließ Tausende politischer Gefangene aus der Haft und hob das Verbot mehrerer zuvor als terroristisch eingestufte Parteien auf. Allerdings haben sich gleichzeitig ethnische Konflikte verschärft. So kam es im Juni 2019 zu von der Regierung als Putschversuch erklärten Attentaten in der Amhara-Region und in Addis Abeba, bei denen fünf führende Abiy-treue Regierungs- und Militärvertreter getötet wurden.

Äthiopien/Eritrea

Äthiopien und Eritrea wollen Beziehungen vertiefen

Äthiopiens Premierminister Abiy Ahmed und der eritreische Präsident Isaias Afwerki vereinbarten bei Gesprächen am 18./19.07.19 in Asmara, den laufenden Friedensprozess und die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu vertiefen. Delegationen beider Länder besuchten auch die in Bau befindliche Straße zwischen Nefasit und Dekemhare. Das Treffen erfolgte genau ein Jahr, seit Ethiopian Airlines am 18. Juli 2018 seinen historischen Flug nach Asmara aufgenommen hatte, mehr als zwei Jahrzehnte nachdem die diplomatischen Beziehungen zwischen Addis Abeba und Asmara unterbrochen waren. Kurz darauf erfolgte die Wiedereröffnung der Botschaften in den Hauptstädten des jeweils anderen Landes.

Die einjährige Annäherung zwischen den beiden Ländern führte u.a. auch zur Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen. Sie sind jedoch zuletzt aufgrund der einseitigen Schließung der vier Grenzübergänge durch Eritrea zum Erliegen gekommen sind. Ohnehin hat sich in Eritrea allgemein wieder Ernüchterung eingestellt. Die Euphorie nach der unerwarteten Grenzöffnung, die Beobachter mit der Öffnung der Berliner Mauer vergleichen, ist längst verflogen. Hoffnungen auf einen politischen Wandel in Eritrea, insbesondere im Hinblick auf eine Reform des Nationaldienstes, haben sich nicht bestätigt.

Zur Zeit sind noch viele Fragen zwischen Äthiopien und Eritrea offen geblieben. Dazu gehören etwa der Verlauf der Grenze, der wohl größte Streitpunkt, ein dauerhaftes Handelsabkommen und eine Vereinbarung zu den Ein- und Ausreisebedingungen.

Afghanistan

Wiederaufnahme des Betriebs von Kliniken in der Provinz Wardak (Zentrum)

Nach der Razzia afghanischer Spezialkräfte in der Nacht vom 08. auf den 09.07.19 in einer vom schwedischen Afghanistan-Komitee (SCA) betriebenen Klinik in der Provinz Wardak (vgl. BN v. 15.07.19) zwangen die Taliban das SCA dazu, 42 von 77 medizinischen Einrichtungen in sechs der neun Distrikte Wardaks zu schließen. Laut SCA seien hiervon fast 4.000 Patienten betroffen gewesen. Seit dem 19.07.19 nehmen die Kliniken ihren Betrieb nach Gesprächen mit den Taliban allmählich wieder auf.

Nach Angaben der WHO gab es in den ersten sechs Monaten des Jahres 58 Angriffe auf medizinische Einrichtungen. 100 von ihnen mussten den Betrieb einstellen, nur 27 konnten wieder geöffnet werden. 13 Mitarbeiter und Patienten wurden getötet, 25 verletzt.

Binnenflüchtlinge, Rückkehrer

Nach Angaben der WHO verließen im Juni 27.971 Menschen ihre Wohnorte wegen des Konflikts im Land. Die Zahl der Binnenvertriebenen stieg im laufenden Jahr damit auf 178.498. Gleichzeitig kehrten seit Januar 235.170 Menschen aus Pakistan, Iran und der Türkei zurück. Viele von ihnen seien auf internationale Hilfe angewiesen. Hinzu kamen im Juni 410 pakistanische Familien, die vor dem Konflikt im pakistanischen Nordwaziristan in den Distrikt Bermal der afghanischen Provinz Khost flohen. Sie wurden dort in fünf Flüchtlingslagern untergebracht.

Anhaltend viele Anschläge und Kampfhandlungen

Die Auswertung von Ereignissen der 28. Kalenderwoche durch das Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) ergab, dass die Anzahl der Vorfälle seit vier Wochen relativ hoch ist, wobei in der 28. KW die Zahl ziviler Opfer um ca. ein Drittel zurückging. Grund hierfür war, dass es weniger Zusammenstöße zwischen Taliban und afghanischen Sicherheitskräften gab. Die Taliban berichteten allerdings über Territorialgewinne in fünf Provinzen, darunter die nördlichen Provinzen Baghlan, Balkh, Jowzjan und Kunduz.

Weiterhin gab es auch in der vergangenen Woche nahezu täglich Berichte über Anschläge und Kampfhandlungen. So wurden am 18.07.19 bei der Explosion einer Autobombe in der nördlichen Provinz Balkh zwei Zivilisten getötet. Auch wurde ein Oberst der afghanischen Armee bei einer sog. Insiderattacke von einem Überläufer erschossen. Außerdem kamen bei einem Angriff der Taliban auf ein Polizeihauptquartier in der Provinzhauptstadt Kandahar elf Menschen ums Leben. Am 19.07.19 starben bei einem Selbstmordattentat in der Nähe der Universität in der Hauptstadt Kabul mindestens acht Personen.

Beispielhaft für die weitere Intensität der Kampfhandlungen ist eine Meldung des afghanischen Verteidigungsministeriums vom 17.07.19, wonach die Sicherheitskräfte innerhalb von 48 Stunden 13 gemeinsame und 97 Sonderoperationen gegen Aufständische durchgeführt hätten. Die afghanische Luftwaffe habe in 29 Fällen Unterstützung geleistet. Dabei sollen mindestens 110 Regierungsgegner getötet 59 verletzt worden sein. Die Kämpfe fanden in den Provinzen Faryab, Badghis, Kandahar, Ghazni, Helmand, Zabul, Wardak, Paktika, Nangarhar, Balkh, Sar-e-Pul, Kunduz und Takhar statt.

Algerien

Weitere Demonstrationen

Am Freitag gingen wieder zehntausende Algerier in der Hauptstadt auf die Straße, um den Rücktritt der alten Eliten, derzeit v.a. des Interimspräsidenten Abdelkader Bensalah und des Premierministers Noureddine Bedoui, zu fordern. Die Demonstration wurde aber von den Feiern zum Sieg der algerischen Fußball-Nationalmannschaft überstrahlt, die nach 29 Jahren wieder Afrika-Meister wurde.

China

Massenproteste in Honkong

Am 21.07.19 kam es nach einem neuen Massenprotest in Hongkong wieder zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten, 28 Menschen sollen verletzt worden sein. Angaben der Organisatoren zufolge sollen an dem Protestmarch ca. 430.000 Menschen teilgenommen haben, Schätzungen der Polizei nach sollen es etwa 138.000 gewesen sein. Die Demonstranten verlangten erneut eine förmliche Rücknahme des umstrittenen Auslieferungsgesetzes und eine unabhängige Kommission, die die Polizeigewalt bei Zusammenstößen am Rande früherer Demonstrationen untersuchen soll. Nach dem Ende des Protestmarsches zogen Hunderte zu dem Verbindungsbüro der chinesischen Führung. Zum ersten Mal richtete sich der Protest nicht allein gegen die Regierung von Hongkong, sondern auch unmittelbar gegen die chinesische Vertretung.

Am Abend des 21.07.19 kam es zu Angriffen gegen regierungskritische Demonstranten durch Personen in weißen T-Shirts an der Hongkonger Bahnstation Yuen Long. Am 22.07.19 drohte die staatliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua, die Provokation der Pekinger Zentralregierung nicht dulden zu wollen, die Hongkonger Regierung kritisierte den Angriff als Verstoß gegen Recht und Ordnung.

DR Kongo

WHO ruft internationalen Gesundheitsnotstand wegen Ebola aus

Die WHO hat am 17.07.19 wegen der Ebola-Epidemie im Kongo den internationalen Gesundheitsnotstand erklärt. Sie folgte damit der Empfehlung des beratenden Expertenausschusses bei der WHO. Laut dessen Vorsitzenden, Robert Steffen, bestehe jedoch weiterhin nur eine regionale, keine internationale Bedrohung. Mit der Ausrufung des Notstandes will die WHO den Kampf gegen die Krankheit im Kongo und den Nachbarländern verschärfen. Sie hofft auch, mehr Gelder für den Einsatz gegen Ebola zu bekommen. Sorge

bereit, dass die im August 2018 im Ostkongo ausgebrochene jüngste Ebola-Epidemie noch immer nicht unter Kontrolle ist. Ihre Ausbreitung ist weiterhin auf die beiden ostkongolesischen Provinzen Nord-Kivu und Ituri begrenzt. Lediglich im Juni 2019 waren drei an Ebola erkrankte Mitglieder einer Familie nach Uganda gereist, wo zwei von ihnen starben. Erschwert wird die Bekämpfung der Seuche durch die anhaltende Gewalt in Nord-Kivu und Ituri. Seit Januar 2019 gab es 198 Übergriffe auf Mitarbeiter im Gesundheitswesen oder auf Ebola-Behandlungseinrichtungen. Dabei wurden drei Personen getötet und 58 verletzt.

Mit Stand vom 17.07.19 sind seit dem jüngsten Ausbruch der Ebola-Epidemie insgesamt 2.532 Menschen an der Epidemie erkrankt (davon 2.438 bestätigte und 94 Verdachtsfälle). An Ebola sind 1.705 Personen (davon 1.611 bestätigte und 94 Verdachtsfälle) gestorben.

Indien

Übergriffe auf Minderheiten und Gegenkandidaten

Seit dem Sieg der hindu-nationalistischen Bharatiya-Janata-Partei (BJP) bei den diesjährigen Parlamentswahlen nahmen laut Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) Übergriffe auf Minderheiten, insbesondere auf Muslime und Kastenlose, zu. Außerdem wird der BJP vorgeworfen, bei den am 11.07.19 abgehaltenen lokalen Wahlen im östlichen Bundesstaat Tripura gewaltsam gegen Kandidaten anderer Parteien vorgegangen zu sein und diese eingeschüchert zu haben.

Irak/Region Kurdistan-Irak (KR-I)

Türkischer Konsulatsmitarbeiter in Erbil erschossen

Am 17.07.19 wurde, laut türkischem Außenministerium, ein türkischer Konsulatsmitarbeiter in einem Restaurant in Erbil erschossen. Ein irakischer Staatsbürger wurde getötet und ein weiterer erlag seinen Verletzungen. Die kurdische Regionalregierung bezeichnete den Vorfall am 18.07.19 als geplanten Terroranschlag. Am 20.07.19 wurde ein Verdächtiger von kurdischen Sicherheitskräften verhaftet.

Der Direktor des Al-Jazeera Büros in Erbil, Ahmad al-Zawiti, soll laut einer Stellungnahme des Senders während der Berichterstattung vor Ort von Sicherheitskräften zusammengeschlagen worden sein. Der irakischen Beobachtungsstelle für Pressefreiheit zufolge wurden in diesem Jahr 139 Fälle von Verletzungen der Pressefreiheit in der KR-I dokumentiert.

18-Jährige bei Luftangriff in Provinz Erbil getötet

Am 10.07.19 berichten kurdische Medien von einer bei einem Luftangriff der iranischen Revolutionsgarde getöteten Zivilistin. Zwei ihrer Brüder wurden bei dem Angriff verletzt. Medienberichten zufolge führt die iranische Revolutionsgarde gelegentlich Luftangriffe gegen kurdische Gruppen, wie die Demokratische Partei des Iranischen Kurdistan (PDKI), durch.

Türkisches Militär beginnt Operation

Am 12.07.19 kündigte der türkische Verteidigungsminister den Beginn der Militäroperation Claw 2 in der Autonomen Region Kurdistan Irak an. Am 27.05.19 begann die Militäroperation gegen PKK-Stellungen (Arbeiterpartei Kurdistan) in der KR-I mit Luft- und Bodentruppen. Dem türkischen Verteidigungsministerium zufolge seien zwischen dem 27.05.19 und 15.07.19 mindestens 71 PKK-Kämpfer umgekommen. Laut Pressemitteilungen des irakischen Verteidigungsministeriums und der kurdischen Regionalregierung sind auch Zivilisten unter den Opfern.

Iran

Haftgrund einer Doppelstaatlerin ungeklärt

Die französisch-iranische Anthropologin Fariba Adelkhah, die an der renommierten Pariser Universität Science Po lehrt, ist in Iran verhaftet worden. Sie führte mehrere Forschungsprojekte zur gesellschaftlichen Situation von Frauen in Iran und in Afghanistan durch. Dies ist der erste Fall der Verhaftung einer

französischen Doppelstaatlerin. Bereits früher wurden u.a. die britisch-iranische Staatsbürgerin Nazanin Zaghari-Ratcliffe, Projektmanagerin bei der Thomson-Reuters-Stiftung, die kanadisch-iranische Universitätsprofessorin Homa Hoodfar und der amerikanisch-iranische Wirtschaftsberater Siamak Namazi festgesetzt. Experten sind sich uneins, ob die Gefangenen Faustpfand im Streit über den Atomvertrag und die Sanktionen sind oder ob es sich um ein Störmanöver gegen die außenpolitische Linie von Präsident Rohani handelt.

Bekleidungsvorschriften: Nur 13 % der Iranerinnen wollen den Tschador (Hijab) tragen

Nach Presseberichten wollen nur noch 13 % der Iranerinnen den Hijab tragen. Unabhängigen Berichten zufolge tragen Frauen vermehrt ihre Haare teilweise offen und zeigen sich in Einkaufszentren oder Parks gelegentlich auch ganz ohne Hijab. Andere lehnen den Hijab ebenfalls ab, wollen aber nicht mit den Behörden oder Pasdaran in Konflikt geraten. Deren Sittenpolizei geht aber nach wie vor streng gegen Verstöße gegen die Bekleidungsregeln vor.

Iran verbietet unkorrekt verschleierte Frauen Flugreisen

Unkorrekt verschleierte Frauen dürfen laut Erklärung von Hassan Mehri, dem Kommandeur der Flughafenpolizei, nach Regierungsweisungen nicht mehr mit dem Flugzeug reisen. Bei Zuwiderhandlung würden zudem umgehend rechtliche Schritte eingeleitet. Zuvor hatte auch Teherans Polizeichef, Hossein Rahimi, erneut darauf hingewiesen, dass Frauen den obligatorischen Schleier tragen müssen.

Iran zensiert die BBC (BBC-Farsi)

Der britische Sender BBC hat einen Korrespondenten und Mitarbeiter der HuffPost, Yashar Ali, nach Iran entsandt. Der Sender gehört zu den meistgesehenen Fernsehkanälen des farsisprachigen Sprachraums. Er richtet sich an 100 Millionen Farsi-Sprechenden in Iran, in Afghanistan, Usbekistan und Tadschikistan. BBC hat vertraglich zugesichert, dass der farsisprachige Sender kritische Informationen über Iran weder terrestrisch noch online verbreitet.

Jemen

Gespräche zwischen der jemenitischen Regierung und Houthi-Rebellen

Die UN hielt am 15.07.19 ein Treffen zwischen Vertretern der Houthi-Rebellenbewegung und der jemenitischen Regierung auf einem Schiff im Roten Meer ab. Die Vertreter diskutierten die nächsten Schritte zur Umsetzung des Stockholm Agreement. Dies ist das erste offizielle Treffen seit Februar 2019. Die UN erklärte, dass sich die Parteien auf Schritte zur Stärkung des Waffenstillstands in Hodeida und des Truppenrückzugs aus dem Gebiet geeinigt haben.

Kampfhandlungen

Am 20.07.19 kam es in der Hauptstadt Sanaa zu Luftangriffen der von Saudi-Arabien geführten Koalition gegen Houthi-Rebellen. Die Koalition führte zudem am 15.07.19 Luftangriffe gegen die Houthi-Rebellen im Norden des Gouvernements al-Bayda durch.

Al-Qaida in the Arabian Peninsula (AQAP) soll am 19.07.19 fünf Sicherheitskräfte an einem Kontrollpunkt im Gouvernement Abyan angegriffen und getötet haben. Am 14.07.19 wurden im Gebiet Qayfa, Gouvernement al-Bayda, Kämpfe zwischen AQAP und Houthi-Rebellen gemeldet.

Kämpfe zwischen regierungsnahen Kräften und Houthi-Rebellen im Gouvernement al-Dhali wurden ebenfalls am 14.07.19 gemeldet.

Kosovo

Rücktritt des Premierministers

Premierminister Ramush Haradinaj erklärte am 19.07.19 seinen Rücktritt. Er war nach vorgezogenen Parlamentswahlen im September 2017 als Vorsitzender der Partei Allianz für die Zukunft Premierminister geworden. Als Begründung nannte er die erneute Vorladung des UN-Sondergerichts in Den Haag. Er wolle

dort nicht als Regierungschef, sondern als normaler Bürger des Kosovo erscheinen. Der ehemalige UÇK-Kommandant stand bereits in den Jahren 2005 und 2011 als Angeklagter vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien. Beide Male wurde er aus Mangel an Beweisen vom Vorwurf schwerer Verbrechen an der serbischen Zivilbevölkerung während des Kosovo-Krieges (1989-1999) freigesprochen.

Das internationale Kosovo-Sondergericht wurde im Jahr 2015 auf internationalen Druck und unter Protesten der kosovarischen Bevölkerung eingerichtet. Formal untersteht es dem kosovarischen Gesetz, setzt sich aber aus internationalen Anklägern und Richtern, die in Den Haag arbeiten, zusammen. Sie haben den Auftrag, den Verdacht auf schwere Menschenrechtsverletzungen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen der kosovarischen Befreiungsarmee UÇK im bewaffneten Konflikt mit Serbien in den Jahren 1998 bis 1999 aufzuklären.

Kosovarischen Medienberichten zufolge sollen noch in diesem Jahr erste Anklagen erhoben werden. Dabei könnten Ramush Haradinaj, Präsident Hashim Thaçi und Parlamentspräsident Kadri Veseli angeklagt werden.

Libanon

Palästinenser-Proteste im Libanon

Lokalen Medienberichten zufolge gehen Proteste von Palästinensern im Libanon in die zweite Woche. Auslöser der Proteste seien die Schließungen von Geschäften und Bußgelder für Unternehmen gewesen, die Ausländer ohne Arbeitsgenehmigung beschäftigten. Diese Maßnahmen der libanesischen Regierung (vgl. BN v. 17.06.19) sind im Zusammenhang mit der Durchsetzung von geltendem Arbeitsrecht für Ausländer zu sehen.

Libyen

Wasserversorgung Tripolis

Am 12.07.19 besetzten Milizionäre aus dem Süden Libyens die fünf wichtigsten Pumpwerke der Wasserversorgung von Tripolis. Hintergrund ist die mangelhafte Stromversorgung großer Teile des Südens, gegen die dadurch protestiert werden sollte, dass Tripolis von der Wasserversorgung abgeschnitten wird. Erst am Sonntag wurde das erneute Anlaufen einer Pumpe erlaubt. Dadurch kam es zu einem mehrtägigen Ausfall der Wasserversorgung, da das einzelne Pumpkraftwerk mehrere Tage benötigte, um in den Leitungen den benötigten Wasserdruck aufzubauen.

Kämpfe in Tripolis

Am 16.07.19 gab die WHO neue Zahlen zu den Kämpfen in Tripolis bekannt. Demnach sind der WHO seit dem 04.04.19 1.093 Tote und 5.752 Verletzte bekannt geworden. Die Zahl der durch die Kämpfe teilweise erneut intern Vertriebenen übersteigt inzwischen die 100.000-Grenze.

Freilassung von al-Baghdadi Ali al-Mahmudi

Das libysche Justizministerium verkündete am 20.07.19 die bevorstehende Freilassung von al-Baghdadi Ali al-Mahmudi, dem letzten Vorsitzenden des Allgemeinen Volkskomitees (Premierminister) Libyens unter Gaddafi, aus medizinischen Gründen. Es handelt sich explizit nicht um eine Begnadigung.

Entführung eines Parlamentsmitglieds

Eines der wenigen weiblichen Mitglieder des libyschen Parlamentes, Seham Sergewa, die als herausragende Frauen- und Menschenrechtsaktivistin gilt, wurde am 17.07.19 von Bewaffneten aus ihrem Haus in Benghazi entführt, die dabei mehrere ihrer Verwandten schwer verletzten. Sie hatte zuvor in einem Interview öffentlich Khalifa Haftars Offensive gegen Tripolis kritisiert und zur Bildung einer Einheitsregierung unter Einbeziehung islamistischer Gruppen aufgerufen, zumal auf beiden Seiten solche Gruppen kämpfen würden.

Myanmar

Sanktionen

Am 16.07.19 haben die USA erneut Sanktionen gegen Myanmar verhängt. Davon betroffen sind General Min Aung Hlaing, Chef der Armee, General Soe Win, Nummer zwei in der Militärhierarchie, sowie Familienangehörige. Ihnen ist bis auf Weiteres die Einreise in die USA untersagt. Die Sanktionen betreffen auch Kommandanten, die direkt für die Massaker im Norden des ethnischen Teilstaates Rakhine verantwortlich gemacht werden. Zurzeit wird geklärt, ob gegen die Führung der myanmarischen Armee Verfahren am internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eröffnet werden sollen. General Min Aung Hlaing hat den USA zufolge die Freilassung von Soldaten angeordnet, die wegen der Tötung von Angehörigen der Rohingya im Dorf Inn Din verurteilt worden waren.

Nigeria

37 Personen im Bundesstaat Sokoto von Banditen getötet

Am 17.07.19 griffen im nordwestlichen Bundesstaat Sokoto bewaffnete Banditen auf Motorrädern drei Dörfer in der Goronyo Local Government Area (LGA) an. Laut Angaben des LGA-Vorsitzenden erschossen sie 37 Dorfbewohner, stahlen das Vieh und setzten Geschäfte in Brand. Von solchen bewaffneten Banden wurden im Nordwesten Nigerias in diesem Jahr bereits mehrere Hundert Dorfbewohner getötet. Mindestens 20.000 Menschen flohen über die Grenze in die benachbarte Republik Niger. Ein Sprecher von Präsident Buhari erklärte, dass Truppen in die betroffenen Gebiete verlegt worden seien.

Überfall auf Hilfskonvoi im Bundesstaat Borno

Am 18.07.19 überfielen mutmaßliche Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram einen Autokonvoi der Hilfsorganisation Action Against Hunger nahe der Stadt Damasak. Sie töteten einen Fahrer. Zwei weitere Fahrer, drei im Gesundheitswesen Tätige sowie ein Mitarbeiter der NGO wurden entführt.

Pakistan

Journalistenproteste

Am 16.07.19 protestierten Journalisten in mehreren Städten des Landes gegen die Einschränkung der Pressefreiheit. Aussagen des Präsidenten der pakistanischen Journalistenvereinigung (PFUJ) zufolge unterlägen Medien der inoffiziellen Zensur und Journalisten erhielten Drohungen. Ein Bericht des Komitees zum Schutz von Journalisten (CPJ) kommt zu dem Ergebnis, dass die Berichterstattung durch das Militär ohne großes Aufsehen aber effektiv eingeschränkt werde. Zugänge zu Informationen würden beschränkt, Selbstzensur durch Einschüchterung gefördert.

LeT-Gründer festgenommen

Am 17.07.19 nahmen pakistanische Behörden Hafiz Saeed, den Gründer der terroristischen Gruppierung Lashkar-e-Taiba (LeT) und Anführer der Jamaat-ud-Dawa (JuD), der karitativen Unterorganisation der LeT, wegen Terrorismusfinanzierung fest. In jüngerer Vergangenheit verübte LeT vor allem Anschläge auf indische Sicherheitskräfte in Kaschmir. 2008 verübte die Gruppierung ihren größten Anschlag im indischen Mumbai, bei dem mindestens 160 Menschen getötet wurden. Sprecher der JuD kündigten rechtliche Schritte gegen die Festnahme an. Saeed wurde bereits mehrfach festgenommen, aber aus Mangel an Beweisen bisher immer wieder freigelassen.

Pakistanische Taliban bekennen sich zu Doppelschlag nach Provinzwahlen

Die pakistanischen Taliban Tehrik-i-Taliban Pakistan (TTP) bekannten sich zu zwei am 21.07.19 verübten Anschlägen im nordwestlichen Dera Ismail Khan in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa (KP) unweit der Grenze zu Afghanistan. Zunächst hatten Unbekannte einen Kontrollposten der Polizei angegriffen und mehrere Polizisten getötet. Als ein Krankenwagen die Opfer zu einem Krankenhaus brachte, sprengte sich dort eine Selbstmordattäterin in die Luft. Mindestens acht Menschen starben, Dutzende wurden verletzt.

Am 20.07.19 wurden erstmals in den vormaligen Stammesgebieten (Federally Administered Tribal Areas, FATA) im Nordwesten des Landes, Vertreter für das Provinzparlament gewählt. Die sieben Distrikte entlang

der afghanischen Grenze waren 2018 mit einer Verfassungsänderung in die Nachbarprovinz KP eingegliedert worden und haben in deren Lokalversammlung 16 Sitze.

Russische Föderation

Demonstration gegen den Ausschluss von Kandidaten bei der Kommunalwahl in Moskau

Am 20.07.19 demonstrierten tausende Menschen in Moskau gegen den Ausschluss von Oppositionskandidaten bei den kommenden Kommunalwahlen am 08.09.19. Der Nichtregierungsorganisation White Counter zufolge sollen 22.500 Personen an den genehmigten Protesten in der russischen Hauptstadt teilgenommen haben. Nach Angaben russischer Behörden belief sich die Zahl der Demonstranten auf 12.000 bzw. 10.000. Nach Medienberichten hatte die Wahlkommission in Moskau zwischen 30 und 57 Kandidaten von den Kommunalwahlen in der Hauptstadt ausgeschlossen, unter ihnen viele Oppositionspolitiker.

Somalia

Angriffe

Mutmaßliche Al-Shabaab-Kämpfer haben am 14.07.19 eine Bombe in einem Teehaus in Dhusamareb, der Hauptstadt der Region Galgududuud, gezündet. Die Explosion soll einen Soldaten getötet und fünf Personen verletzt haben, darunter einen regionalen Parlamentarier.

Kampfhandlungen

Am 17.07.19 griffen al-Shabaab-Kämpfer Soldaten der Somali National Army (SNA) in der Nähe von Barire Town in der Region Lower Shabelle an. Fünf Soldaten wurden getötet. Am selben Tag wurde eine Person bei der Explosion einer Autobombe in Moghadishu verletzt.

Am 16.07.19 griff al-Shabaab einen Militärkonvoi mit äthiopischen AMISOM-Soldaten im Dorf Halgan, in der Nähe der Stadt Beledweyne, Region Hiiran, an. Mehrere Menschen wurden getötet oder verwundet.

Am 14.07.19 soll die SNA mehrere Dörfer von al-Shabaab in der Region Lower Shabelle erobert haben. SNA sagte, dass 15 Militante bei der Operation getötet wurden.

Militante des islamischen Staates in Somalia (ISS) stießen Berichten zufolge am 12.07.19 vor dem Hotel Safa in Bosaso, Puntland, mit puntländischen Sicherheitskräften zusammen.

Sudan

Abkommen unterschrieben

Am 17.07.19 unterzeichneten Militär und Opposition ein Abkommen über die Bildung einer Übergangsregierung. Die Übereinkunft sieht vor, dass ein elfköpfiger Souveräner Rat die Macht übernimmt. Dieser Rat soll eine Expertenregierung bestimmen. In spätestens drei Jahren soll es Wahlen geben. Die künftige Aufgabenverteilung zwischen Souveränem Rat und Expertenregierung soll noch in einer Verfassungserklärung festgeschrieben werden. Vorausgegangen waren zähe Verhandlungen. Schließlich einigte man sich Anfang Juli 2019 auf einen Kompromiss.

Sudan/Südsudan

UN-Soldat und Zivilisten getötet

Am 16.07.19 griffen unbekannte Bewaffnete den Markt von Amiet, der in der Region Abyei ab der Grenze zwischen Sudan und Südsudan liegt, an. Dabei wurden ein UN-Blauhelmsoldat aus Äthiopien und sechs Zivilisten getötet. Mehrere UN-Blauhelmsoldaten sollen verletzt worden sein, bisher hat sich niemand zu dem Angriff bekannt.

Syrien

Kampfhandlungen im Nordwesten

Angaben der oppositionsnahen syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte zufolge sollen bei Luftangriffen der syrischen Armee am 21.07.19 mindestens 18 Personen getötet worden sein. Die Angriffe ereigneten sich in den Dörfern Urum al-Jawz im Westen und in Kfarouma im Süden der Provinz Idlib.

Syrische Staatsmedien berichteten am 21.07.19 von Raketenbeschuss aus den Rebellengebieten auf die Stadt Masyaf im Nordwesten der Provinz Hama, die von den syrischen Regierungstruppen kontrolliert wird. Das Raketenabwehrsystem habe den Beschuss jedoch erfolgreich abwehren können.

Am 16.07.19 sollen bei einem Luftangriff auf einen Marktplatz in Ma'ar Shoreen, Idlib, mindestens zwölf Zivilisten getötet und zahlreiche weitere verletzt worden sein.

Berichte über Beteiligung russischer Einheiten

Am 17.07.19 meldeten verschiedene Rebellenführer aus Idlib, dass seit Beginn der Kämpfe um die letzte Rebellenhochburg vor mehr als zwei Monaten erstmals russische Bodentruppen an Kämpfen beteiligt gewesen sein sollen. Die russischen Einheiten sollen bei der Rückeroberung der strategischen Gipfel von Humaymat im Norden von Hama beteiligt gewesen sein. Auch schiitische Milizen, welche durch den Iran unterstützt werden, sollen sich den Kämpfen angeschlossen haben. Der russische Verteidigungsminister widersprach den Darstellungen und sagte, Russland verfüge über keine Bodentruppen in Syrien.

Tansania

Tansania bleibt bei Todesstrafe

Nach einem Urteil des Obersten Gericht vom 18.07.19 kann in Tansania weiterhin die Todesstrafe verhängt werden. Es gebe nicht genügend Gründe für deren Abschaffung, so das Gericht. Damit wurde eine Klage von Menschenrechtsorganisationen abgelehnt, die die Todesstrafe als verfassungswidrig ansehen.

Die Todesstrafe wurde seit 1994 nicht mehr vollstreckt, jedoch in etwa 500 Fällen verhängt, zum Teil aber in eine lebenslängliche Haft umgewandelt. Erst im März war ein Lehrer zum Tode verurteilt worden, weil er einen 14-jährigen Schüler zu Tode geprügelt haben soll.

Türkei

Freispruch

Am 17.07.19 wurden der türkische Journalist und Vertreter der Organisation Reporter ohne Grenzen (ROG), Erol Önderoglu, und zwei Mitangeklagte von einem Gericht in Istanbul freigesprochen. Önderoglu und die beiden Mitangeklagten, die Menschenrechtlerin Sebnem Korur Fincanci sowie der Autor Ahmet Nesin standen seit November 2016 wegen des Vorwurfs der Terrorpropaganda vor Gericht. Hintergrund war ihre Teilnahme an einer Solidaritätskampagne für die pro-kurdische Zeitung Özgür Gündem, die nach dem Putschversuch vom Juli 2016 wegen Propaganda für die PKK geschlossen wurde. Die drei Angeklagten saßen zwischenzeitlich in Untersuchungshaft, kamen nach internationalen Protesten aber wieder frei.

EU gibt weitere Gelder für Flüchtlingsversorgung frei

Die EU-Kommission bewilligte am 19.07.19 ein Hilfspaket im Umfang von 1,4 Milliarden Euro zugunsten von Syrien-Flüchtlingen in der Türkei. Das Geld solle vor allem dazu beitragen, die Gesundheitsversorgung und den sozialen Schutz der Menschen zu gewährleisten, zudem sollen Regionen mit besonders vielen Flüchtlingen Mittel für den Ausbau der kommunalen Infrastruktur erhalten.

Die 1,4 Milliarden Euro werden aus dem Fonds gezahlt, der der Türkei im Zuge des 2016 geschlossenen Flüchtlingspakts versprochen wurde. Der Fonds ist mit insgesamt sechs Milliarden ausgestattet, von denen bereits rund 2,4 Milliarden Euro ausgezahlt wurden.

Ukraine

Präsident Selenskis Partei gewinnt Parlamentswahl

Präsident Wladimir Selenskis Partei „Diener des Volkes“ hat die Parlamentswahl vom 21.07.19 gewonnen. Nach Auszählung von etwa einem Drittel der Stimmen ist seine Partei mit 42 % stärkste Kraft im Parlament geworden. Es folgen die russlandfreundliche Oppositionsplattform mit knapp 13 % und die Partei „Europäische Solidarität“ des früheren Präsidenten Petro Poroschenko mit etwa 8 %. Die Vaterlandspartei der Ex-Ministerpräsidentin Julia Timoschenko erreichte Platz vier mit 7,4 % und die Partei „Die Stimme“ des Rocksängers Swiatoslaw Wakartschuk mit 6,5 % Platz fünf. Die Wahlbeteiligung war mit knapp 50 % geringer als vor fünf Jahren. Von den insgesamt 22 Parteien schafften fünf den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde. Noch am Wahlabend kündigte Selenski an, mit der Partei „Die Stimme“ Koalitionsverhandlungen aufnehmen zu wollen. Diese Partei wurde erst im Mai dieses Jahres gegründet und setzt wie Selenski radikal auf jüngere politische Quereinsteiger und einen Kampf gegen Korruption und den Einfluss reicher Oligarchen. Außerdem zählen zu den wichtigsten Prioritäten der künftigen Regierungspolitik die Beendigung des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine und die Rückholung der Gefangenen. Sollte Selenskis Partei den Großteil der Direktmandate bekommen, was sich erst im Laufe der Woche nach der endgültigen Stimmauszählung klärt, könnte sie noch die absolute Mehrheit im Parlament erreichen.

Venezuela

Permanente Arbeitsgruppe

Die Gespräche über einen Ausweg aus der jetzigen Situation in Venezuela führten am 12.07.19 dazu, dass Regierung und Opposition eine ständige gemeinsame Arbeitsgruppe beschlossen. Diese soll den derzeitigen Austausch institutionalisieren. Nach wie vor sind aber weder Neuwahlen noch eine andere Lösung der permanenten Krise in Sicht.

Prognose der Organisation Amerikanischer Staaten

Die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) veröffentlichte Schätzungen für die mittelfristige Planung im Zusammenhang mit der venezolanischen Flüchtlingskrise. Diesen Schätzungen zufolge wird sich der Exodus nochmals beschleunigen, von derzeit etwa 4 Millionen Exilvenezolanern auf ca. 5,7 Millionen bis Jahresende. Für das nächste Jahr wird ein Anstieg auf 8,2 Millionen erwartet.